



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 888 890

P/XIV/253 - 6. November 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Die Antwort blieb aus Nach der aussenpolitischen Debatte	61
3 - 4	Lateinamerika in Wandlung Von unserem Korrespondenten in Lateinamerika, Max Diamant	95
5	Beifall für Chruschtschow in Paris Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	42
6	Zehn Jahre "Politisches Forum" Lebendiges Beispiel angewandter Demokratie	51

* * *
* *

Die Antwort blieb aus

sp - Nach dieser aussenpolitischen Debatte am Donnerstag steht fest: Die Bundesregierung verheimlicht dem Parlament und damit dem deutschen Volk ihre Vorstellungen, mit denen sie im gesamtdeutschen Interesse Einfluss auf die internationale Entwicklung zu nehmen gedenkt. Die blass wirkenden Darstellungen des Aussenministers über die Vergangenheit und der ausdrückliche Verzicht - ja man kann sagen die Weigerung - Adenauers, auch nur andeutungsweise Einblick in seine Briefpolitik zu geben, kommen der Entmachtung des Parlaments gleich. Beschönigungen, Verniedlichungen und gegenstandslose Polemiken - das waren die Elemente, mit denen die Regierungsseite die aussenpolitische Debatte bestritt. Kein konstruktiver Gedanke, kein konkreter Hinweis für neue Entwicklungen und nicht einmal der Versuch der Überprüfung überholter Standpunkte!

Was ist das für eine Regierung, die darauf verzichtet, neuen Tatbeständen in der internationalen Politik Rechnung zu tragen und die - sicher ihrer rückgratlosen Mehrheit im Parlament - nicht einmal den Versuch macht, sich ernsthaft und nicht nur polemisch mit den Ideen der Opposition auseinanderzusetzen!?

Das ist der Ausdruck einer tiefen Verachtung für das Wesen der parlamentarischen Demokratie.

Als der Hauptsprecher der Opposition, Erich Ollenhauer, die Fragwürdigkeit der Regierungsposition gewissenhaft dargestellt und Forderungen erhoben hatte, von denen man annehmen konnte, dass sie Ansatzpunkt für ein neues fruchtbares Gespräch zwischen Regierung und Opposition werden könnten, waren das Echo Polemik, Verdächtigungen und Unterstellungen. Der Deutschland-Plan der SPD wurde bewusst falsch zitiert und interpretiert. Es folgte keine Antwort auf Fragen Ollenhauers und Mendels Fragen, die den Komplex der Oder-Neisse-Linie berührten, die das Abrüstungsproblem und die Absichten der Regierung hierbei klären sollten. Nicht einmal das gewiss

6. November 1959

veränderte Verhältnis zwischen Bonn und seinen westlichen Alliierten wurde von der Regierung und ihren Parteisprechern einer Analyse unterzogen. All' das blieb der Opposition vorbehalten!

Kein sachliches Gegenargument war zu hören zu den Darlegungen Erlers und Helmut Schmidts, die beide die deutsche Aufgabe bei den Bemühungen um eine kontrollierte Abrüstung, auch im regional begrenzten Raum, überzeugend darlegten. Die Antwort hierauf - wenn man das von den CDU-Sprechern Gesagte als Antwort bezeichnen kann - war wiederum nur Polemik, und zwar Polemik schlechtester Qualität.

Der ganze Fragenkomplex der notwendiger Neugestaltung von Beziehungen zwischen Bonn und den Staaten im Osten, angesprochen von Ollenhauer und Wenzel Jaksch, die konkret gestellte Forderung nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu diesen Staaten - auch das nötigte weder einem Regierungssprecher noch einem Vertreter der Koalitionsparteien sachliche Gegenargumente ab. Auch hier verlor man sich in Allgemeinplätzen, sprach von "noch nicht" und liess damit die grundsätzliche Frage offen.

Auch diese aussenpolitische Debatte hat gezeigt, dass die Regierung und die sie tragenden Parteien nicht bereit sind, einer veränderten Weltsituation Rechnung tragend das internationale Gespräch über die Entspannung und damit über das Schicksal Deutschlands mit neuen Ideen zu befruchten. Man verschanzt sich in früher erzwungenen Positionen, schirmt sich ab, verunglimpft andere, die der deutschen Politik helfen wollen, aus einer furchtbaren Sackgasse herauszukommen, und bleibt beharrlich bei einer Politik, die wahrhaftig nicht der Not unseres Vaterlandes Rechnung trägt.

Ein unfassbares Verhalten für alle, die nicht wie DP-Schneider den Wunsch haben, dass unser ganzes Volk aus kalten Kriegern bestehen möge, sondern die begreifen, wie sehr es in der nächsten Zeit auf die Deutschen selbst ankommen wird, die politische und militärische Erstarrung in Europa zu überwinden.

+ + +

Lateinamerika in Wandlung

Von unserem Korrespondenten in Lateinamerika, Max Diamant

Dieser Artikel gewinnt vor dem Hintergrund des bevorstehenden Besuches Mikojans, stellvertretender sowjetischer Ministerpräsident, besondere Aktualität.

Washington ist dabei, in seinen Beziehungen zu Lateinamerika eine grosse Änderung vorzunehmen. Es hat sich erwiesen, dass die Rückkehr zu einer konservativen Politik, wie sie die republikanische Regierung gegenüber Lateinamerika seit Jahren praktizierte, die Spannungen in Lateinamerika selbst verschärfte, und das Verhältnis zu den USA kritisch werden liess. Washingtons politische Strategie in Lateinamerika lief darauf hinaus, überall die Kräfte zu unterstützen, die für "Ruhe und Ordnung" sich einsetzten. Diese Linie fiel weitgehend zusammen mit den Interessen der grossen nordamerikanischen Konsortien, und auf diese Weise gediehen in der Nachkriegszeit die Regime der "starken Männer" und der lateinamerikanischen Diktaturen an vielen Stellen des Kontinents. Nachdem diese Politik immer mehr Schiffbruch erlitten hat und eine wachsende Unruhe Lateinamerika erfasst, sieht sich Washington unter dem Druck der Ereignisse veranlasst, auf politischem und ökonomischem Gebiet einen ernsthaften Beitrag zur Stabilisierung der Lage zu leisten.

Mehr noch als die zunehmende Kredithilfe sind grosse wirtschafts-politische Zugeständnisse hier von wesentlicher Bedeutung. Mit Beteiligung Washingtons ist eine überstaatliche interamerikanische Kreditbank in Vorbereitung, die sich mit Investierungsprogrammen der lateinamerikanischen Entwicklungsländer beschäftigen soll. Unter Zustimmung der USA sind in Südamerika und Mittelamerika die organisatorischen und wirtschaftspolitischen Vorbereitungen im Gange, um in kurzer Frist zwei regionalen Zonen das Projekt eines Gemeinsamen Marktes in Lateinamerika zum Anlaufen zu bringen. Washington sieht sich genötigt, über das Problem der Stabilisierung der Rohstoffpreise und über erweiterte Einfuhrquoten zu verhandeln. Auf politischer Ebene hat Christian Herter durch die Erklärung der Amerikakonferenz von Santiago de Chile sich dazu verpflichtet, Regierungen des Staates moralisch fallen zu lassen. Aber Lateinamerika fordert mehr: es fordert jetzt die aktive Unterstützung einer demokratischen Entwicklung in Lateinamerika durch die USA.

J. Figueres klagt an

Der Ex-Präsident von Costa Rica, José Figueres warf dieser Tage in einer öffentlichen Rede den Vereinigten Staaten vor, sie hätten eine grosse Schuld auf sich geladen, indem sie den lateinamerikanischen Völkern bei ihrem Befreiungskampf gegen die "blutigen Tyrannen und korrumpierten Dynastien" ihre Unterstützung versagt hätten. "Die Einheit der amerikanischen Hemisphäre fordert mehr noch als einfache wirtschaftliche Aufmerksamkeit", erklärte Figueres. "Sie bedingt

eine einheitliche politische Philosophie, zu der sich alle Mitglieder der grossen amerikanischen Familie schriftlich verpflichten, und die sowohl prinzipiell als auch durch Tatsachen erhärtet wird. Leider", fügte er bei, "haben auch die Vereinigten Staaten, als Anführer der demokratischen Welt, ihren Anteil an der Verantwortung für diese schmerzliche Situation: Die Staaten", fuhr er fort, "haben sich keine Rechenschaft abgelegt über unsere Tragödie. Eure Zeitungen", so wandte er sich an die nordamerikanischen Zuhörer, "berichteten über die lateinamerikanische Revolution, als ob es sich um isolierte Abenteuer in einem wenig stabilen Kontinent handle. Wir konnten sie nicht davon überzeugen, dass wir für ein Ideal kämpfen, und dass Eure Sympathie und Verständnis unseren Kampf verkürzt und vereinfacht. Die Staaten müssen verstehen, dass die Solidarität ein Gefühl ist, das auf Gegenseitigkeit beruht."

Peru: Trujillo am Werk

Das Aussenministerium in Lima hat eine diplomatische Note der kubanischen Regierung erhalten, in der versichert wird, dass Agenten Trujillos in Peru Landknechte anwerben, um sie für eine geplante Invasion nach Kuba und Venezuela zu verwenden. Die Angeworbenen erhalten einen Vorschuss von 100 Dollar und eine bezahlte Reise nach Santo Domingo. Die diplomatische Note Kubas führt namentlich den dritten Sekretär der dominikanischen Gesandtschaft in Lima an, der der Organisator und Finanzverwalter dieser Werbungsaktion sei. Mit diesem Gesandtschaftssekretär Gustavo Poncha wirkte der argentinische Peronist Ruben Mustafa aktiv zusammen.

Guatemala: Aussenpolitik und Ablenkungen

Vor kurzem explodierte in der Hauptstadt Guatemalas die Bombe Nr. 24, wenn man die Serie der Bombenattentate, die im Juli dieses Jahres begonnen haben, als eine zusammengehörende Reihenfolge betrachtet kann. Die widerspruchsvollsten Versionen sind verbreitet um diese Aktionen eines stupiden Terrorismus zu erklären. Linksorientierte und aktivistische Elemente der Rechten beschuldigen sich gegenseitig als die wahren Verantwortlichen - und beide Sektoren beschuldigen ebenfalls die Regierung als möglichen Anstifter der Bombenattentate. Ydigoras hat seinerseits ausserordentliche Vollmachten von der gesetzgebenden Kammer angefordert, um mit dem Terrorismus Schluss zu machen. Die Vollmachten wurden der präsidiierenden General verweigert, da die Abgeordneten der nicht zur Regierungskoalition gehörenden Rechten, die aus den Reihen der Bewegung Castillo Armas kommen, zusammen mit sieben Abgeordneten der Linken und den fünf Unabhängigen des Parlaments gegen Ydigoras stimmten. Es wurde vermerkt, dass merkwürdigerweise alle 24 Bombenattentate bisher keine Personenopfer hervorgerufen haben.

Übrigens bewirkt die Erregung über die Bombenattentate, dass wenig beachtet wird ein von der Regierung vorbereitetes Abkommen über die Rückgabe beschlagnahmter deutscher Vermögen im Werte von 80 Millionen Dollars. Die deutsche Firma Gebr. Nottbohm dürfte nächstens wieder in den Besitz ihres Vermögens kommen, das u.a. aus kleinen Bankunternehmen, Zuckerplantagen, Kaffeeanbau und Viehgütern besteht. Seinerzeit hatte Guatemala bei dem internationalen Gerichtshof in Den Haag bewirkt, dass die Beschlagnahme als eine interne Massnahme in Kriegszeiten gerechtfertigt war.

Beifall für Chruschtschow in Paris

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Chruschtschows Rede vor dem Obersten Sowjet hat im gaullistischen Frankreich Begeisterung hervorgerufen. Seine freundlichen Worte für Frankreichs "Wohlstand und Grösse", sein Dank für die Anerkennung der Oder-Neisse-Linie durch de Gaulle und Debré, vor allem aber Chruschtschows Bestätigung der "engen historischen Bindungen zwischen Frankreich und Algerien" beschäftigen seit Tagen die Schlagzeilen und Kommentare der französischen Presse. Man kann sagen, dass sich die neue französisch-russische Annäherung auf folgender Basis vollzieht: Paris anerkennt die russischen Interessen in Osteuropa, insbesondere die Oder-Neisse-Grenze, Moskau anerkennt die französischen Interessen in Nordafrika, insbesondere in Algerien.

Führende französische Kreise zeigen andererseits Befriedigung darüber, dass Chruschtschow keine Kritik an de Gaulle übte, weder an der Hinauszögerung der Gipfelkonferenz, noch an den französischen Atombombenplänen. Besonders Aufmerksamkeit erweckt selbstverständlich die offene Stellungnahme Chruschtschows für solide Bindungen zwischen Frankreich und Algerien, wenn auch gleichzeitig das algerische Selbstbestimmungsrecht betont wird. Die russische Haltung unterscheidet sich deutlich von der chinesischen: Peking unterstützt unverhüllt die radikalen Tendenzen der FLN im Krieg gegen Frankreich.

Es ist nicht zum ersten Mal, dass die Sowjetunion durch ihren Pariser Botschafter Winogradow zu verstehen gibt, dass sie einen Brücken oder totalen französischen Abzug aus Nordafrika nicht wünscht, wenn sich dadurch der amerikanische Einfluss in Afrika ausbreiten sollte. Man steht in Paris somit vor der kuriosen und fast paradoxen Situation, dass Eisenhower, besorgt um das amerikanische Prestige in Afrika, de Gaulle zu einer raschen und international kontrollierten Lösung in Algerien drängt, während Chruschtschow sein Verständnis für die Bindungen zwischen Frankreich und Algerien zum Ausdruck bringt.

Diese Milde steht selbstverständlich in Zusammenhang mit dem erwarteten Besuch Chruschtschows in Paris, der mit einer Reise des sowjetischen Regierungschefs durch Frankreich verbunden sein soll. Es versteht sich von selbst, dass bei dieser Gelegenheit die kommunistischen Wählermassen zur Begrüssung des obersten Chefs der KPdSU mobilisiert werden. Die KPF hat jetzt bereits eine deutliche Wendung zugunsten der Algerienpolitik de Gaulles vollzogen. Für die französischen Rechtsradikalen ist dies ein weiterer Grund, de Gaulles Politik zu bekämpfen. Die Basis des gaullistischen Regimes verschiebt sich aber damit nach links, es erhält innenpolitisch grössere Bewegungsfreiheit gegen die Ultras. Aussenpolitisch hofft de Gaulle, seine Abhängigkeit von den Westalliierten zu lockern und sein Prestige zu erhöhen.

+ + +

Zehn Jahre "Politisches Forum"

J.F.W. Zehn Jahre ist es jetzt her, seitdem die Sendung "Das Politische Forum" zum ersten Mal im Programm der Funkhäuser Hamburg und Köln erschien. 184 mal haben sich seitdem Sprecher der im Bundestag vertretenen Parteien zusammengefunden, um grundsätzliche oder tagesaktuelle politische Themen unter der Gesprächsleitung eines Funkredakteurs zu diskutieren.

Parteisendungen im Rundfunk sind ein heikles Thema. Der Normalhörer sucht in erster Linie Klarhaltung und Zerstreuung. Gegenüber diesem Wunsch haben es die politischen Sendungen schwer, sich zu behaupten. Nachrichtensendungen, die das tägliche Informationsbedürfnis befriedigen, schneiden noch gut ab. Das gleiche gilt für Übertragungen aus dem Bundestag, soweit dort Fragen behandelt werden, die Lebensinteressen des Volkes berühren. Dann aber fällt die Kurve des Interesses vom Tageskommentar über politische Vorträge ständig ab und erreicht bei parteipolitischen Ansprachensendungen ihren Tiefpunkt. Das ist für die Parteien und für das politische Leben in unserem Staate gewiss bedauerlich, aber als Tatsache nicht unverständlich. Denn die einseitige Darstellung eines politischen Standpunktes in einer Ansprache, vorgetragen von Rednern, bei denen häufig Sachkenntnis und politisches Engagement grösser sind als publizistische Fähigkeiten und die Gabe der verständlichen Schilderung, überfordert nur allzu leicht auch den gutwilligen Hörer.

Diese Erkenntnis stand Pate an der Wiege des "Politischen Forums", als sich die Rundfunkreferenten der Parteien auf Anregung des damaligen NWDR im November 1949 entschlossen auf die Ansprachensendungen zu verzichten, die ihren Parteien im Turnus bis dahin im Rundfunkprogramm zustanden. Die durchschnittliche Hörerbeteiligung von 12 %, die nur von wenigen politischen Sendungen überschritten wird, die Tatsache, daß inzwischen auch andere Sender diese Diskussionsform übernahmen, zeigen, daß mit dem Politischen Forum ein richtiger Weg beschritten wurde.

Diese Sendung dient aber nicht nur dem Wunsche der Parteien, ihre Gedanken und Forderungen in einer Form darzustellen, die einen grösseren Hörerkreis interessiert, das Politische Forum ist darüber hinaus auch ein lebendiges Beispiel angewandter Demokratie. Die Form der Sendungen, das Gespräch, hindert die Teilnehmer unbeweisbare Behauptungen aufzustellen. Es zwingt die Beteiligten, ihre Auffassung zu begründen, am Gegenargument zu überprüfen und gegenüber Einwendungen zu verteidigen. Nicht nur dieser Zwang zur phrasenlosen Sachlichkeit ist wertvoll. Der Hörer des Politischen Forums soll ja nicht nur über die Auffassung der Parteien zu bestimmten Themen unterrichtet werden. Er kann darüber hinaus erkennen, daß zum richtig verstandenen Wesen der Demokratie das politische Gespräch gehört. Das Gespräch zwischen Gegnern, die keine Feinde sind, sondern bei ihrem Widerpart die ehrliche Überzeugung und den Willen achten, auf seinem Wege dem gemeinsamen Ganzen zu dienen. Das Politische Forum zeigt, daß die Demokratie von der fairen Diskussion lebt, in der sich aus Meinung und Gegenmeinung ein tragbarer Kompromiss formen kann.

Auch in Zukunft bringen NDR und WDR in ihrem Mittelwellen-Programm an jedem zweiten Sonntag die Sendung "Das Politische Forum" in der Zeit von 19.30 bis 20.00 Uhr.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel